Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift

Herausgeber: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache

Band: 60 (2004)

Heft: 2

Buchbesprechung: La politique du biliguisme dans le Canton de Fribourg/Freiburg (1945-2000). Collection "Aux sources du temps présent" [Altermatt, Bernhard]

Autor: Vaucher, Josef

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BERNHARD ALTERMATT: La politique du bilinguisme dans le Canton de Fribourg/ Freiburg (1945–2000). Collection «Aux sources du temps présent», Hg. Francis Python, Cité Universitaire Miséricorde, Fribourg 2003. 330 Seiten, Fr. 42.–.

Die Sprachenfrage – die Beziehungen zwischen Deutsch- und Französischsprachigen entlang der Sprachgrenze und die Sprachenpolitik in diesem Bereich – kam in den letzten drei Jahren im Zusammenhang mit der neuen Kantonsverfassung, über die am 16. Mai 2004 abgestimmt wird, ins öffentliche Gespräch. Die Veröffentlichung der Lizenziatsarbeit von Bernhard Altermatt leistet einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung dieser Diskussion.

Der Autor zeigt zuerst auf, wie im Mittelalter die Sprachgrenze zustande kam, und stellt dabei fest, dass sie sich bis heute nur sehr geringfügig verschoben hat.

Diese Feststellung gilt auch für die Sprachverhältnisse im Kanton Freiburg, der von Anfang an ein zweisprachiger Kanton war und als solcher 1481 in die Eidgenossenschaft aufgenommen wurde. Während dreihundert Jahren dominierte aus Rücksicht auf die Eidgenossenschaft das Deutsche, obwohl durch Eroberungen bis um die Mitte des 16. Jahrhunderts der Anteil der Französischsprachigen stark zunahm. Als dann zu Beginn des 18. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Französischen Revolution die Verhältnisse in der Schweiz grundlegend verändert wurden, nahm auch in Freiburg das Französische überhand und ist bis heute dominant geblieben. Interessant ist dabei die Feststellung, dass sowohl in der Periode der Vorherrschaft des Deutschen, aber auch in den zweihundert Jahren der französischen Überlegenheit die Zweisprachigkeit nie grundsätzlich in Frage gestellt wurde und die Sprachengrenze sich kaum verschoben hat. Allerdings bestand bis um die Mitte des 20. Jahrhunderts eine Benachteiligung der Deutschsprachigen im juristischen, politischen und schulischen Bereich; so war beispielsweise bis 1991 Französisch die alleinige Amtssprache des Kantons.

In seiner Arbeit durchleuchtet Bernhard Altermatt diese Jahrhunderthälfte im Hinblick auf den Kampf um die Gleichberechtigung der deutschen Minderheit; ein Kampf, der vor allem von Dr. Peter Boschung und der von ihm gegründeten DFAG (Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft) geführt und schliesslich erfolgreich abgeschlossen wurde.

Die Tatsachen, die der Autor anführt, sind für den Deutschfreiburger, der sich für die Sprachfrage interessierte, nicht neu. Auch die geschichtlichen Erkenntnisse, die er daraus ableitet, waren weitgehend bekannt. Die Bedeutung der Arbeit liegt aber darin, dass sie erstmals in französischer Sprache ein umfassendes Bild von den Anstrengungen der Deutschfreiburger um die kulturelle Gleichberechtigung und Anerkennung vermittelt. Damit räumt er mit Vorurteilen in gewissen ethnozentrisch gefärbten frankophonen Kreisen auf, die bereits diese Bemühungen als unange-

messene Forderungen, ja als Bedrohung ihrer politischen und kulturellen Vormachtstellung betrachteten und noch betrachten. Ein Pamphlet des ehemaligen Freiburger Staatsrats Denis Clerc «Eins, zwei … la germanisation en marche» legt davon Zeugnis ab.

Der Schlusssatz des jungen Historikers klingt wie eine Aufforderung an die Politiker, die Chancen der Zweisprachigkeit zu nutzen: «Mögen sich der Staat Freiburg und seine Hauptstadt die Mittel geben, um europaweit Beispiele für das friedliche Zusammenleben und die Förderung der Zweisprachigkeit zu sein; eine Rolle, die ihnen von der Geschichte her zukommt.»

Josef Vaucher, Präsident DFAG

Chronik

Fast schon ein Oldie: Protest gegen die neue Rechtschreibung

Diesmal sind es Juristen, die gegen die neue Rechtschreibung ins Feld ziehen, und zwar gewichtige: 50 Professoren der Jurisprudenz fordern in einer Petition die «sofortige Beendigung des Projekts Rechtschreibreform».

In ihrer Petition, die im Februar an die Parlamentarier der Schweiz und Österreichs und an den Deutschen Bundestag sowie an die deutschen Landtage gerichtet wurde, wird die Rechtschreibreform wegen vieler Missgriffe als «völlig unbrauchbar» bezeichnet.

Bis 1. August 2005 gilt für die deutsche Rechtschreibung die Übergangsphase, während der auch die alten Schreibungen noch gelten. Ab dann wird die neue Rechtschreibung offiziell, d. h. für Schulen und Ämter, verbindlich sein. Bevor dies eintritt, wollen die Rechtsprofessoren nun, dass die Politiker die ganze Rechtschreibreform für nichtig erklären. Die Schüler, die mittlerweile während fünf Jahren in die neue Rechtschreibung eingefuchst worden sind – die ihnen so selbstverständlich ist wie den Professoren offenbar die alte –, würden es diesen freilich wohl nicht zu danken wissen.

Umlaute jetzt auch in Internetadressen möglich

Das elektronische Netzwerksystem für Computer wurde in den Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts in den USA entwickelt, für Englisch bzw. Amerikanisch sprechende Benützer. Bis anhin – also noch 20 Jahre danach – konnte man deshalb für Internet- und auch E-Mail-Adressen nur sprachliche Zeichen verwenden, die im Angloamerikanischen vorkommen; also keine Umlaute und keine Akzente. Der Herr Jürg Müller